

1 **#MutZuMehr**

2 **Steuergerechtigkeit stärken – Ungleichheit bekämpfen**

3

4 Beim Thema Steuern und Abgaben geht es immer um die Frage nach sozialer Gerechtigkeit
5 – es ist somit ein zutiefst sozialdemokratisches Thema. Wir Sozialdemokratinnen und
6 Sozialdemokraten machen Tag für Tag Politik für die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger, die
7 sich an die Regeln halten und den Wohlstand dieses Landes erwirtschaften. Dass die soziale
8 Ungleichheit in diesem Land wieder zunimmt, können wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass
9 alle an diesem Wohlstand teilhaben.

10 Populisten von rechts und links lenken in ihren Debatten ab von den großen
11 gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Wir aber reden über die Zukunft der
12 Arbeit, eine sichere Rente sowie eine klima- und umweltverträgliche Industriepolitik und geben
13 handfeste Antworten. Wir wissen, dass diese Themen nicht nur die SPD, sondern die Mehrheit
14 der Menschen in diesem Land umtreibt. Und wir wissen, dass wir mit unseren Antworten die
15 Ungleichheit wieder ins Lot bringen können.

16 Dabei ist es falsch zu behaupten, dass man soziale Ungleichheit mit einem einzigen Gesetz,
17 mit einem Vorhaben, mit einem einzigen Plan besiegen könnte. Soziale Ungleichheit hat viele
18 Ursachen und jede einzelne müssen wir angehen, denn: Mehr Gleichheit ist wirtschaftlich
19 richtig, politisch notwendig und sozial gerecht.

20

21

22 **Die SPD steht für diesen Fortschritt.**

23

24 Die SPD stand schon immer auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; sie
25 schützte diejenigen, die schutzbedürftig waren; stärkte die, die kein anderer stärken wollte.
26 Soziale Gerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze sind wichtig für eine lebenswerte und
27 funktionierende Gesellschaft und sichern unser aller Wohlstand.

28

29 Einer der wirksamsten Hebel, um das Leben von vielen Menschen auf struktureller Ebene zu
30 verbessern, ist dabei die Steuerpolitik. Steuern berühren verschiedenste Aspekte von
31 Gerechtigkeit. Sie berühren die Menschen im Alltag, sei es zu Hause, in der Freizeit oder auf
32 der Arbeitsstelle. Steuern und Finanzen müssen wieder ein Thema werden, das von allen
33 Genossinnen und Genossen diskutiert werden kann – an Infoständen, auf Veranstaltungen
34 oder mit Familie und Freunden.

35

36 Wir müssen deutlich machen, dass Gerechtigkeit in der Steuer- und Haushaltspolitik auf zwei
37 Säulen beruht. Die erste Säule ist ein gerechtes Steuersystem: Starke Schultern können
38 mehr tragen. Die zweite Säule ist eine Haushaltspolitik, deren Hauptziel – neben der
39 Finanzierung staatlicher Kernaufgaben wie z. B. innerer und äußerer Sicherheit – vor allem
40 die Vermeidung bzw. Minderung großer sozialer Ungleichheiten ist. Das bedeutet für uns,
41 dass Steuergelder künftig noch gezielter in die Institutionen und Infrastrukturen der
42 öffentlichen Daseinsvorsorge sowie in den staatlichen digitalen Netzausbau und
43 Wohnungsbau fließen müssen. Nur so garantieren wir allen Menschen in unserem Land von
44 Anfang an gleiche Chancen und ermöglichen ihnen in jeder Lebensphase die Teilhabe am
45 gesellschaftlichen Leben.

46

47 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für jede und jeden garantieren wir dadurch, indem wir
48 unser Sozialversicherungssystem solidarisch weiterentwickeln.

49 Wir fordern deswegen nicht nur schnellstens die Einführung der Grundrente ohne
50 Bedürftigkeitsprüfung als weiteren Baustein unseres Rentensystems, sondern wollen eine
51 Bürgerrente, in die alle Menschen im berufstätigen Alter einzahlen und aus der alle ihre
52 sichere Rente nach dem Erwerbsleben beziehen.

53
54 Zudem stehen wir ein für ein einheitliches Versorgungssystem bei den Krankenkassen. Wir
55 wollen, dass ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger in eine Bürgerversicherung
56 einzahlen, und deren Beitragssatz sich nicht nur aus dem Erwerbseinkommen, sondern auch
57 aus Kapitaleinkünften unter Berücksichtigung eines jährlichen steuerrechtlichen
58 Sparerpauschbetrags generiert. So sichern wir hohe Qualität, können kleine und mittlere
59 Einkommen entlasten und bauen zudem Ungleichheit ab.

60
61 Mit den nunmehr hohen Rücklagen der Krankenkassen soll auf Betriebsrenten zukünftig nur
62 noch der halbe Beitragssatz entrichtet werden. Damit würden wir das Vertrauen in die
63 betriebliche Altersvorsorge wieder stärken und die von vielen Beschäftigten als grobe
64 Ungerechtigkeit empfundene Doppelverbeitragung wieder abschaffen.

65
66 Für die weitere Stärkung des Gesundheits- und Rentensystems ist eine Steigerung des
67 Steueranteils bei der Finanzierung notwendig. Die hierfür benötigten Mehreinnahmen wollen
68 wir durch die folgenden Maßnahmen erzielen.

69
70

71 **Ein konkreter Plan – für soziale Gerechtigkeit.**

72
73

74 **1. Steuergerechtigkeit stärken**

75 Die SPD hatte seit der Wirtschafts- und Finanzkrise vehement eine Finanztransaktionssteuer
76 gefordert. Finanzminister Olaf Scholz setzte sich seit seinem Amtsantritt auf internationaler
77 Ebene dafür ein. Nun gibt es konkrete Vorschläge, wie der Einführung ab 2021 aussehen
78 soll. Perspektivisch fordern wir neben der Einbeziehung von Aktien auch die von Derivaten.
79 Zudem haben wir uns auf G20-Ebene dafür eingesetzt, eine globale Mindestbesteuerung für
80 Unternehmen einzuführen, insbesondere auch für die großen Digitalkonzerne. Sollte eine
81 internationale Verständigung nicht gelingen, wollen wir bis spätestens Januar 2021 eine
82 europäische Digitalsteuer auf den Weg bringen und nötigenfalls hierfür auch mit einer
83 Gruppe von fortschrittwilligen Staaten in der verstärkten Zusammenarbeit vorangehen. Denn
84 auch und besonders billionenschwere Unternehmen dürfen sich nicht vor Steuern drücken.

85
86 Zudem müssen alle Steuervergünstigungen in Deutschland hinsichtlich einer
87 Lenkungswirkung überprüft werden. Das alles darf jedoch nicht zu einer Belastung für
88 kleinere und mittlere Einkommen führen – denn wir kämpfen für eine gerechte Verteilung der
89 Steuerlast! Generell gilt: Privater Reichtum muss mehr für das Allgemeinwohl herangezogen
90 werden. Deswegen ist es gut, dass durch die Diskussion um die Wiedereinführung der
91 Vermögensteuer dieses Thema wieder in den Vordergrund gerückt ist.

92
93 Gerecht ist es, die Spitzensteuersätze so zu verändern, dass der Solidaritätszuschlag ganz
94 abgeschafft werden kann. Deswegen soll der derzeitige Spitzensteuersatz von 42% erst ab

95 einen Einkommen von 90.000 € greifen. Ab einem Einkommen von 125.000 € soll er auf
96 45% steigen. Auf Spitzensteuereinkommen oberhalb von 250.000 € wollen wir den
97 Steuersatz auf 49% anheben.

98
99 Gerecht bedeutet außerdem, die Abgeltungsteuer für alle Kapitaleinkünfte abzuschaffen und
100 durch einen persönlichen Einkommensteuersatz zu ersetzen. Es gilt: Nicht die Einkünfte aus
101 Kapitalerträgen müssen wir steuerlich begünstigen, sondern die Einkünfte aus Arbeit.

102
103 Gerecht ist eine effektive und bundesweit einheitlich angewendete Erbschaftsteuer. Jährlich
104 werden in Deutschland zwischen 250 und 400 Milliarden Euro vererbt. Bei der Besteuerung
105 von Erbschaften sollen Familien weiterhin großzügige Freibeträge gewährt werden, sodass
106 das (groß-)elterliche Haus nicht zur Tilgung der Steuerlast verkauft werden muss. Auch
107 sollen große Firmenvermögen so besteuert werden, dass kein Risiko für die finanzielle
108 Liquidität des Unternehmens und die Arbeitsplätze der Angestellten entsteht. Konkret kann
109 das bedeuten, dass alle Erbschaften - egal, ob für Privatleute oder Firmen - oberhalb eines
110 Freibetrags von einer Million Euro pro Person mit 10 Prozent besteuert werden. Diese 10
111 Prozent können unter Entfall sämtlicher Ausnahmen über eine Zeitspanne von zehn Jahren
112 abgezahlt werden.

113
114 Wir wollen auch die vielen fleißigen und ehrlichen Unternehmen in unserem Land stärken.
115 Das geht nicht nur über Steuersenkungen, sondern vor allem über eine Entlastung bei der
116 Bürokratie. Daher wollen wir die Aufbewahrungspflichten von Rechnungen und anderen
117 steuerlich relevanten Unterlagen auf fünf Jahre senken.

118
119 Durch die beschriebenen Maßnahmen – die Abschaffung der Abgeltungsteuer, die
120 Verbeitragung von Kapitaleinkünften bei der Krankenversicherung, die gestaffelte Erhöhung
121 des Spitzensteuersatzes sowie die Erbschaftsteuer – schaffen wir es, die wachsende
122 Ungleichheit von Vermögen wieder in ein gesellschaftlich unkritisches Lot zu bringen.
123 Gleichzeitig sollen die Einnahmen aus der Vermögensteuer, Digitalsteuer und der
124 Finanztransaktionssteuer stabile Beitragssätze bei der gesetzlichen Rentenversicherung
125 über das Jahr 2040 hinaus garantieren sowie die Finanzierung der Bürgerversicherung und
126 der gesetzlichen Pflege sichern.

127
128

129 **2. Steuerbetrug bekämpfen**

130
131 Der Kampf gegen Steuerbetrug und -vermeidung bleibt europaweit weiter eine große
132 Herausforderung. So entgehen den EU-Staaten Schätzungen zufolge jährlich rund 825
133 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung. Der Anteil in Deutschland beträgt dabei allein ca.
134 125 Milliarden Euro. Ein Volumen von mehr als einem Drittel des Bundeshaushalts. Eine
135 unerträglich hohe Zahl angesichts der Schuldenberge in den europäischen Staaten.

136
137 Deshalb werden wir die Zusammenarbeit der Behörden auf europäischer Ebene und auf
138 Länderebene in Deutschland verbessern. Wir stärken mit zusätzlichen Personal und
139 Ausstattung den Steuervollzug, Betriebsprüfungen und Steuerfahndung. Nur so sind die
140 Finanzbehörden in der Lage bereits beschlossene Gesetze konsequent umzusetzen, wie
141 beispielsweise das Registriertkassengesetz 2020, mit dem wir den Umsatzsteuerbetrug in

142 besonderem Maße bekämpfen können. Bei der Ausfuhr von Kassenzetteln fordern wir eine
143 Bagatellgrenze von 175 Euro.

144
145 Staatsanwaltschaften und Finanzbehörden müssen besser zusammenarbeiten und sich
146 vernetzen, um in Echtzeit Betrugsfälle bearbeiten zu können. Perverter Kapitalismus, der
147 in hemmungslosem Staatsbetrug durch nicht berechnete Steuerrückzahlungen oder
148 mehrfache Steuerrückerstattungsforderungen – sogenannte Cum-Cum bzw. Cum-Ex-
149 Geschäfte – ausartet, müssen wir einen Riegel vorschieben. Ein nochmaliges „Cum-Ex“ oder
150 „Cum-Cum“ können sich Deutschland und Europa weder erlauben noch leisten. Unsere
151 Finanz- und Justizbehörden müssen schlagkräftiger organisiert sein als die Betrüger. Die
152 übergroße Anzahl ehrlicher Unternehmerinnen und Unternehmer müssen wir entlasten und
153 schützen, die unehrlichen jedoch stärker bestrafen. Auch wollen wir die so genannten Share
154 Deals verbieten.

155
156 Zudem braucht es konsequentere Maßnahmen gegen Sozialmissbrauch und –betrug. Wir
157 begrüßen hierzu, dass der Bundestag vor kurzem das Gesetz „Illegale Beschäftigung,
158 Schwarzarbeit und Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen“ beschlossen und somit den Zoll
159 mit besseren Befugnissen ausgestattet hat.

160
161 Wir müssen klarstellen: Steuerhinterziehung und Sozialmissbrauch sind keine
162 Kavaliersdelikte, sondern Straftaten, die strenger geahndet und bestraft werden müssen. Die
163 Möglichkeiten zur Steuervermeidung wollen wir konsequent einschränken.

164

165

166 **3. Mehrwertsteuersätze**

167

168 Dringend nötig ist es, die Mehrwertsteuersätze umfassend auf allen Feldern zu überprüfen
169 und anzupassen. Über die Jahre hinweg hat sich hier ein Sammelsurium an Absurditäten
170 gebildet. Wir wollen hier das System vereinfachen und zugleich Anreize schaffen. Dinge, die
171 zum alltäglichen Leben gebraucht werden, dürfen nicht stärker besteuert sein als
172 „Luxusgüter“.

173

174

175 **4. Materielle Sicherheit**

176

177 Materielle Sicherheit für alle baut Ungleichheit ab. Deshalb müssen wir unsere Politik darauf
178 ausrichten, dass auch einkommensschwache Menschen Ersparnisse und Vermögen zum
179 Lebensunterhalt aufbauen können und nicht zusätzlich durch neue Steuern oder
180 Bepreisungen belastet werden. Dazu gehört aber, dass Arbeitnehmerinnen und
181 Arbeitnehmer ordentliche und faire Löhne bekommen. Ein fairer Lohn beginnt für uns mit
182 einem Mindestlohn ab 12 Euro, flächendeckende Tariflöhne zu erreichen ist aber unser
183 maßgebliches Ziel.

184

185 Einkommensschwache Haushalte können auch dann mehr Vermögen aufbauen, wenn sie
186 an anderer Stelle entlastet werden. So kann der Staat mit öffentlichen und gemeinnützigen
187 Wohnungsbau dafür sorgen, dass nicht ein Großteil des Einkommens für Miete - die
188 Mietbelastungsquote sollte 25% möglichst nicht überschreiten - ausgegeben werden muss.

189

190 Öffentlicher Wohnungsbau heißt, dass sozialverantwortliche Wohnungsbauunternehmen
191 zusammen mit der öffentlichen Hand nachhaltig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum
192 schaffen und somit Wohnraumspekulation eindämmen. Dafür müssen wir die städtischen
193 und kommunalen Wohnungsbauunternehmen stärken und sie finanziell in die Lage
194 versetzen, vor allem bezahlbare Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung zu bauen.
195 Bezahlbarer Wohnraum in Innenstädten sorgt für eine Sozialstruktur, in der verschiedene
196 Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlichen Einkommenschichten miteinander leben
197 können. Dafür müssen wir die städtischen und kommunalen Wohnungsbauunternehmen
198 stärken und sie finanziell in die Lage versetzen, Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung
199 und bezahlbare Wohnungen zu bauen. Index- und Staffelmieten wollen wir verbieten. Keine
200 Bevölkerungsgruppe soll an die Stadtgrenzen gedrängt werden.

201
202 Zugleich wollen wir über öffentliche oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften
203 Anreize zum Mietkauf schaffen. Dabei wird den Mieterinnen und Mietern ermöglicht auch
204 ohne Eigenkapital über eine stabile monatliche Ratenzahlung selbst Immobilieneigentümer
205 zu werden.

206
207 Wir wollen eine vergünstigte Abgabe öffentlicher Grundstücke an gemeinnützige
208 Wohnungsbaugenossenschaften ermöglichen, um den Erwerb von selbstgenutztem
209 Wohneigentum für junge Menschen und einkommenschwache Haushalte zu fördern. Dies
210 kann beispielsweise über Erbpachten erfolgen.

211
212 Schneller Wohnungsbau braucht aber auch die schnelle Mobilisierung von Bauland. Dafür
213 sollen öffentliche Grundstücke vorrangig verwendet werden. Für Kommunen wollen wir das
214 Vorkaufsrecht dafür ausweiten. Die Nutzung des Erbbaurechts durch Dritte zur Bebauung
215 öffentlicher Baugrundstücke wollen wir als weitere Säule für schnellen, bezahlbaren
216 Wohnungsbau nutzen.

217
218 Viele Kommunen brauchen Unterstützung, um bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu
219 schaffen. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen wir nur, in dem
220 sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam unterhaken, um Bauland zu generieren.
221 Oftmals müssen dazu auch Grundstücke rekommunalisiert werden, die Finanzierung wollen
222 wir unter anderem mit einem „Zukunftsfonds Deutschland“ sicherstellen.

223

224

225 **5. Zukunftsaufgaben meistern – Innovation vorantreiben**

226

227 Zur Finanzierung von Zukunftsausgaben soll der Staat einen „Zukunftsfonds Deutschland“
228 nach dänischem Vorbild einrichten. Dieser soll sich aus Einlagen von verschiedenen
229 Kapitalsammelstellen speisen. Damit soll kurzfristig, wie zuvor beschrieben, das
230 Wohnungsthema angegangen werden, um schnell bezahlbaren Wohnraum in Deutschland
231 zu schaffen.

232

233 Mittelfristig soll aus den vorhanden finanziellen Mitteln der Wirtschaftsstandort Deutschland
234 direkt gestärkt werden. Denn Wagniskapital wird hierzulande kaum generiert, sodass
235 beispielsweise unsere Start-up-Szene kaum Chancen hat, sich in Deutschland über die
236 Gründungs- und Anfangsphase hinaus zu halten. Der „Zukunftsfonds Deutschland“ soll neue
237 Ideen und zukunftsweisende Technologien, die hierzulande Wachstumstreiber sein können,

238 vorantreiben. Das Einlagerisiko soll breit gestreut werden, der Staat muss hierauf eine
239 Bundesgarantie geben und die Rendite aus innovativen Produkten „Made in Germany“
240 wieder zurück an den Fonds gehen.

241
242 Den Wohlstand für morgen sichert langfristig auch die Erhöhung der Ausgaben für
243 Forschung und Entwicklung. Der Bund muss diese bei mindestens 3,5 Prozent vom BIP
244 verstetigen. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen die besten
245 Arbeitsbedingungen vorweisen und sollen ihr Know-how nicht mit Finanzierungsproblemen
246 bremsen müssen. Aus innovativen Durchbrüchen aus Forschungsergebnissen, die direkt
247 vom Staat finanziert werden, soll der Staat Rendite erhalten, die ebenfalls in den
248 „Zukunftsfonds Deutschland“ fließen. Dies dient langfristig dem Allgemeinwohl und sichert
249 zugleich den Wohlstand für morgen.

250
251 **Soziale Politik, realisiert durch gerechte Steuern. Und zwar nur mit der SPD.**

252
253 Wir Sozialdemokraten stehen seit jeher für eine gerechte Politik für Arbeitnehmerinnen und
254 Arbeitnehmern. Die von uns geforderten Steuerreformen ermöglichen allen, die in unserem
255 Land leben, ein freies, sicheres und selbstbestimmtes Leben. Im Gegensatz zu anderen
256 Parteien bringt die SPD dabei soziale Kompetenz und nachhaltiges Denken überein – den
257 Wählerinnen und Wählern muss klar sein, dass ein Kreuz bei den Sozialdemokraten ein
258 Kreuz für pragmatische Politik bedeutet, die sich alleine am Bürgerwohl orientiert.

259
260 Auch wenn die zu lösenden Aufgaben groß sind: Wir sind davon überzeugt, dass unsere
261 Reformen einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Gerechtigkeit nicht nur voranzutreiben,
262 sondern sie in das tägliche Lebensgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger zu integrieren.
263 Gerechtigkeit muss, davon sind wir überzeugt, eine Selbstverständlichkeit sein – für
264 diejenigen, die Politik betreiben, muss sie bestimmender Faktor jeder Entscheidung sein; für
265 diejenigen, die in unserem Land leben, muss sie als direkte Konsequenz dieser Politik
266 wahrgenommen werden.